

Recht, Verfassung und Migration

Auch im Jahr 2024 haben wir uns den Bereichen Recht, Verfassung und Migration eingehend wie konstruktiv gewidmet und uns für die wichtigen liberalen Werte in der Politik eingesetzt.

Verfassungsgerichte krisenresilient aufstellen

Der Blick nach beispielsweise Polen zeigt: Die Verfasstheit des Staates ist nur so stark wie der Wille der sie tragenden Regierung. Wir haben uns der Aufgabe angenommen, **den Staat und seine Institutionen krisensicher aufzustellen und vor dem Einfluss von Verfassungsfeinden zu schützen:**

Wir haben uns dafür eingesetzt, die Richterwahl am Verfassungsgerichtshof künftig nur noch mit Zweidrittelmehrheit statt einfacher Mehrheit zu ermöglichen. So wollen wir erreichen, dass eine überparteiliche Auswahl der Kandidaten sichergestellt und die demokratische Legitimation erhöht werden.

Hierbei haben wir auch im Blick, dass antidemokratische Parteien – wie in Thüringen – eine Sperrminorität erreichen können. Deshalb haben wir zudem einen Blockadelösungsmechanismus implementieren wollen, **damit der Rechtsstaat handlungsfähig bleibt.**

Leider sind wir mit dieser Idee an der Mehrheit der grün-schwarzen Landesregierung gescheitert.

Umfassende Stärkung der Justiz

Wenn es um die Justiz geht, sprechen Politik und Medien häufig nur über Richter und Staatsanwälte. Dabei leisten beispielsweise **Gerichtsvollzieher, Rechtspfleger oder die Servicestellen** in der Verwaltung einen ebenso unerlässlichen Beitrag zur **Funktionsfähigkeit unseres Rechtsstaates**. Uns ist es daher ein wichtiges Anliegen, auch **diese Bereiche zu stärken.**

Wir fordern unter anderem **eine personelle Stärkung des Mittelbaus in der gesamten Justiz**, eine **Kostenübernahme für Schutzwesten von Gerichtsvollziehern** oder **Verbesserungen im Rahmen der Ausbildung von Rechtspflegern**, sei es die Ausstattung mit Laptops oder eine ausreichende Versorgung mit Wohnheimplätzen.

Politische Bildung im Strafvollzug

Im Mittelpunkt einer Freiheitsstrafe steht neben der Sühne für die begangene Tat vor allem die Resozialisierung. Daher haben wir uns dafür stark gemacht, dass **Gefangenen in einer Justizvollzugsanstalt Unterlagen zur politischen Bildung zur Verfügung gestellt werden.** Aus unserer Sicht ist es für eine Teilnahme am gesellschaftlichen Leben erforderlich, den Staatsaufbau wenigstens in seinen Grundzügen zu kennen und zu verstehen. Es freut uns daher, **dass das Justizministerium unserem Vorschlag entsprochen hat und dieses Angebot künftig ausgeweitet wird.**

INITIATIVEN

- » Das Rechtspflegerwesen – Studium und Perspektiven [Drucksache 17/7252](#)
- » Islamismus und Antisemitismus in den sozialen Medien [Drucksache 17/7020](#)
- » Arbeitsbelastung der Staatsanwaltschaften [Drucksache 17/6727](#)

ANSPRECHPARTNER



Nico Weinmann Mdl

Sprecher Rechtspolitik und Medien

nico.weinmann@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9380



Julia Goll Mdl

Sprecherin für Strafvollzug

julia.goll@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9320



Hans Dieter Scheerer Mdl

Sprecher für Migration

hansdieter.scheerer@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9280



Sven Jacobs

Parlamentarischer Berater

sven.jacobs@fdp.landtag-bw.de

T: 0711 2063-9036

IM FOKUS:

Migration

Land und Kommunen ächzen unter der Last der schlicht zu hohen Zahl Geflüchteter. Wir haben eine grundlegende Neuausrichtung der Migrationspolitik gefordert:

Unser Land braucht eine **kontrollierte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt. Eine Einwanderung in unsere sozialen Sicherungssysteme müssen wir allerdings verhindern.**

Irreguläre Zuwanderung muss unterbunden, Fluchtanreize müssen verringert werden. Aus unserer Sicht ist es unerlässlich, dass **Flüchtlinge**, bei denen **kein Fluchtgrund** besteht, bereits **an den deutschen Grenzen zurückgewiesen werden**, bis die europäischen Außengrenzen ausreichend gesichert sind.

Neben Zurückweisungen an den Grenzen sind auch **Asylverfahren in Drittstaaten**, wie das Gemeinsame Europäische Asylsystem sie vorsieht, essenziell. Sorgen macht uns, dass noch immer eine nur verhältnismäßig geringe Zahl von Ukrainern in den Arbeitsmarkt integriert ist. Wir fordern daher die **Abkehr vom Rechtskreiswechsel**, sodass Ukrainer – wie andere Flüchtlinge auch – nicht unmittelbar Anspruch auf Bürgergeld haben.

Wer gegen unsere Gesellschaft agiert oder gar **Straftaten begeht**, der muss unser Land wieder verlassen. Zu oft scheitern Abschiebungen, wie

auch im Falle des islamistischen Terroristen aus Solingen, an überforderten Behörden oder daran, dass die Personen schlicht nicht angetroffen bzw. gefunden werden können. Daher setzen wir uns dafür ein, **Asylbewerber länger in den Aufnahmeeinrichtungen des Landes zu belassen.** Das **erleichtert erfolgreiche Abschiebungen erheblich.**

Bezahlkarte ohne Schlupflöcher

Dass Flüchtlinge in großer Zahl nach Deutschland wollen, ist kein Wunder – schließlich sind die Sozialleistungen hierzulande so attraktiv wie in keinem anderen europäischen Land. **Die Bezahlkarte ist aus unserer Sicht ein notwendiges Mittel, um Pull-Faktoren zu reduzieren.** Sie soll die Deckung des täglichen Lebensbedarfs ermöglichen, aber beispielsweise **Überweisungen in das Ausland nicht zulassen.**

Wir setzen uns dafür ein, die **Bezahlkarte schnellstmöglich auszugeben** und rechtskonform eine **Obergrenze für Bargeldabhebungen einzuführen.**

ARBEITSKREIS

Recht

ANSPRECHPARTNER

Nico Weinmann MdL

Julia Goll MdL

Hans Dieter Scheerer MdL



Link zur Internetseite

Illegale Migration
wirksam bekämpfen

INITIATIVEN

- » Umsetzung der GEAS-Reform in Baden-Württemberg [Drucksache 17/6337](#)
- » Grundsätzliches zur landesweiten Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete [Drucksache 17/7754](#)
- » Aktueller Stand in Aufnahmeeinrichtungen des Landes [Drucksache 17/7561](#)
- » Freiwillige Rückkehr ins Heimatland – Verfahren, Sachstand usw. [Drucksache 17/7560](#)